

SD-Poscht

Informationsblatt für Mitglieder und Sympathisant(inn)en der SD im Kanton Zürich

Jetzt für die Begrenzungsinitiative kämpfen!

Am 27. September 2020 stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)" ab. Schon in diesen Tagen läuft die grosse Angstmacher-Kampagne von Wirtschaftsverbänden und Konzernen an. Man will uns einreden, das Vertragsgeflecht mit der EU sei ein "Erfolgsmodell" und habe uns Wohlstand gebracht. Tatsache ist, dass seit dem Inkrafttreten des Personenfreizügigkeits-Abkommens im Jahre 2002 die Bevölkerung der Schweiz um mehr als eine Million Menschen gewachsen ist. Das Bundesamt für Statistik rechnet bis 2050 mit weiteren zwei Millionen. **Die Überbevölkerung unseres Landes schreitet rasant voran.** Die Reallöhne hingegen haben, ausser bei Spitzenverdienern, stagniert oder sind gar gesunken. Das Wohnen wird wegen des Zuwanderungsdrucks vor allem in den Städten immer teurer. Und das soll ein Erfolgsmodell sein?

Diese Entwicklung ist **kein Naturereignis**, sondern die Folge eines katastrophalen politischen Versagens unserer Behörden. Das **Freizügigkeits-Abkommen** mit der EU verunmöglicht es uns, die fortschreitende Überbevölkerung der Schweiz auch nur zu bremsen, geschweige denn endlich zu stoppen. Es muss dringend gekündigt werden!

Ein "Wirtschaftswachstum", das nur durch **Bevölkerungswachstum** entsteht, **schafft keinen Wohlstand**. Der Kuchen wird grösser, aber die Zahl der "Esser" wächst im Gleichschritt mit. Nur eine kleine Minderheit von "Investoren" und Managern profitiert, und die meisten davon sind nicht einmal Schweizer. Diese Leute verkennen (oft aus purer Habgier), dass die Wirtschaft dazu da ist, die Bedürfnisse des Volkes zu decken, nicht umgekehrt.

Schon bald werden **dieselben Märchen** wieder zu hören sein, die uns die sogenannte "politische Elite" seit 1970 bei jeder Volksabstimmung über Einwanderungsfragen auftischt. Man wird uns einmal mehr weismachen wollen, dass unsere Altersvorsorge ohne Dauer-Masseneinwanderung zusammenbreche. Dabei ist doch glasklar, **dass man mit Einwanderung keine Renten finanzieren kann**, weil auch die Einwanderer alt werden und irgendwann selber Rentenbezüger werden. Mit Einwanderung wird das (tatsächlich bestehende) Problem der ungenügenden Ausfinanzierung von Altersrenten nur auf später verschoben und dabei ständig verschlimmert. Das ist wie

das Verhalten eines Schuldners, der laufend alte Löcher mit neuen Krediten zu stopfen versucht und dabei immer tiefer im Schuldensumpf versinkt.

Gewiss wird es auch wieder heissen, wir bräuchten die Zuwanderung, weil die Einheimischen gewisse **anstrengende und "schmutzige" Arbeiten** nicht verrichten wollten. Doch die Kinder der Einwanderer wollen das auch nicht, und so muss man immer neue Generationen von Immigranten herbeirufen. Inzwischen heisst es auch, es fehle an hochqualifizierten Fachkräften, z.B. an Ärzten oder IT-Spezialisten, und man müsse diese im Ausland rekrutieren. Zwar trifft zu, dass in gewissen Berufsfeldern Personalmangel herrscht. Doch diese **strukturellen Probleme unseres Arbeitsmarktes sind hausgemacht** und lassen sich mit Einwanderung höchstens auf die lange Bank schieben, aber niemals lösen. Stattdessen sollten wir das Angebot an Studienplätzen und Lehrstellen so steuern, dass es den Bedürfnissen der Volkswirtschaft entspricht. Wer einmal studiert hat, und sei es auch ein noch so "brotloses" Fach, wird nicht mehr als einfacher Angestellter arbeiten wollen. Es ist verkehrt, auch all jene durch eine Berufslehre zu "morxen", die damit eigentlich überfordert sind. So entsteht nur ein Mangel an Hilfskräften, statt dass man solche Menschen Hilfsarbeiter/-in werden lässt, ihnen Respekt entgegenbringt und für ihre oftmals harte Arbeit anständige Löhne bezahlt. Überhaupt böte die gerade in bürgerlichen Wirtschaftskreisen regelrecht vergötterte Marktwirtschaft hier tatsächlich eine Lösung: Wir sollten endlich die wenig begehrten Tätigkeiten zu Lasten der überlaufenen Berufsfelder so lange besser entlohnen, bis sich ein Gleichgewicht einstellt.

Erfolgreiche Flugblattaktion im Zürcher Friesenberg-Quartier

Am 6. Juni 2020 haben wir im Zürcher Friesenberg-Quartier flächendeckend das Flugblatt "**Widerstand nützt!**" verteilt. Der Zürcher Stadtrat will mit massiver baulicher Verdichtung die Einwohnerzahl auf 500'000 oder mehr steigern. Er spannt dafür auch die Wohnungsgenossenschaften ein, und leider machen die meisten mit. So wird viel **günstiger Wohnraum vernichtet** und durch mehr, aber auch viel teurere Wohnungen ersetzt. Damit wird angestammte Mieterschaft vertrieben. Widerstand ist angesagt. Wir bleiben dran und werden prüfen, ob zusammen mit anderen Kräften gegen die Pläne für umfangreiche Aufzonungen im Friesenberg das Referendum ergriffen werden kann. **Wir lassen uns doch nicht aus unserer Heimatstadt verdrängen!**